



Cornelia Behm MdB

Sprecherin für Ländliche Entwicklung und für Waldpolitik
der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

21. März 2012

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
☎ (030) 227 – 71566, 📠 (030) 227 – 76165
✉ cornelia.behm@bundestag.de

Lücken beim Baumschutz in Brandenburg

Pflicht zu Baumschutzsatzungen notwendig

„Nachdem die Brandenburger Baumschutzverordnung Ende 2010 ausgelaufen ist, gibt es in Brandenburg keinen flächendeckenden Baumschutz mehr. Viele Kreise und Gemeinden haben eigene Baumschutzsatzungen - aber bei weitem nicht alle. Daher sollte das Land die Kommunen naturschutzrechtlich verpflichten, Baumschutzsatzungen zu erlassen. Noch besser wäre es, wenn es gelingen würde, diese Pflicht auch im Bundesnaturschutzgesetz bundesweit zu verankern.“

Diese Schlussfolgerungen zieht Cornelia Behm, märkische Bundestagsabgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nach ihrer Veranstaltung ‚Methusalem – Vom Umgang mit alten Bäumen‘. An der Diskussion am Montag in Potsdam nahmen Vertreter der Kreis- und der Landesebene teil. „Die Diskussion hat einmal mehr deutlich gemacht, wie wichtig kommunale Baumschutzsatzungen für den Schutz und den Erhalt von Bäumen in Stadt und Land sind.“ sagte Behm zur Begründung.

„Aus den Beiträgen des Publikums wurde ersichtlich, dass sich viele Menschen für ihre Bäume einsetzen. Zugleich aber herrscht Unsicherheit bezüglich der gesetzlichen Regelungen zum Baumschutz.“ ergänzte die Abgeordnete, die waldpolitische Sprecherin ihrer Fraktion im Deutschen Bundestag ist. „Deshalb sollte mehr darüber aufgeklärt werden, welche Regelungen es tatsächlich gibt. Zudem können transparente Entscheidungen der Verwaltungen für mehr Sachlichkeit in den Debatten um den Schutz von Bäumen vor Ort beitragen.“

Foto 1 (v.l.n.r.): Steffen Tervooren (Stadt Potsdam), Günter Kehl (Landkreis Potsdam-Mittelmark), Cornelia Behm MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Carla Kniestedt

Foto 2 (v.l.n.r.): Steffen Tervooren (Stadt Potsdam), Günter Kehl (Landkreis Potsdam-Mittelmark), Cornelia Behm MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Carla Kniestedt, Michael Duhr (Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft)

PRESSMITTEILUNG